

SPD-Gemeinderatsfraktion

Rainer Hinderer, Fraktionsvorsitzender

Rede zum Haushalt 2025-26

Sperrfrist: 11.11.2024, 15.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Diepgen,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Christner und
Herr Bürgermeister Ringle, meine Damen und Herren,

„**Die ganze Stadt im Blick**“ – so unser Motto bei der Kommunalwahl im Juni und so auch das Motiv für unsere Impulse und Anträge zum Doppelhaushalt 2025-26.

Die ganze Stadt im Blick heißt für uns **Politik für die Menschen in unserer Stadt zu machen**. Bei all den vielen und keineswegs banalen global-, bundes-, landes- und kommunalpolitischen Herausforderungen orientieren wir uns an der Frage

- was nützt den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt,
- was fördert das Zusammenleben und die Gemeinschaft,
- was tun, um unsere Stadt in eine gute Zukunft zu führen?

Politik für die Menschen in unserer Stadt zu machen, braucht **Kompass und Haltung**. Wir Sozialdemokrat:innen stehen

- für eine wehrhafte Demokratie auf allen Ebenen
- für eine starke soziale Marktwirtschaft
- für Ordnung, Sicherheit und das staatliche Gewaltmonopol
- für beste Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit
- für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft
- für Fremdenfreundlichkeit und Religionsfreiheit

Und wir stehen auf **Verlässlichkeit im kommunalpolitischen Handeln**; d.h. dass die Bürger sich auf erfolgte Zusagen, eingeleitete Verfahren oder eingeplante Finanzierungen verlassen können und dass Kompromisse, die der Gemeinderat mühsam erarbeitet hat, auch nach einer Wahl Bestand haben.

Und da ich gerade bei Fragen der Verlässlichkeit und Haltung bin, möchte ich unserem Oberbürgermeister und der gesamten Verwaltungsspitze ein „sehr gut“ in der „Haltungsnote“ geben.

Ja, einige Themen, die uns in diesen Wochen beschäftigen sind nicht einfach, aber wir springen immer zu kurz, wenn wir auf komplexe Anforderungen zu einfache Antworten liefern. Deshalb – ob Döner-Obergrenze, Antidiskriminierungsstelle, SKJR-Finzen oder Kulturzentrum Weinsberger Straße – die Verwaltungsspitze fährt einen klaren Kurs und zeigt Haltung; Respekt und Dank dafür!

Entlang dreier **kommunalpolitischer Mega-Themen** der nächsten Jahre will ich verdeutlichen, was es für uns Sozialdemokraten heißt, Politik für die Menschen zu machen:

- Wirtschaftsstandort sichern und stärken
- Umwelt und Klima schützen
- Digitalisierung im Zeitalter Künstlicher Intelligenz.

Wirtschaftsstandort sichern und stärken

Eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze sind Grundlage für unseren Wohlstand. Die **Transformation der Wirtschaft** stellt viele Herausforderungen, die es mit unternehmerischer Weitsicht und Entschlossenheit anzugehen gilt:

Stagnation Binnenmarkt, Exporteinbrüche insbesondere in China, Energiewende, Fachkräftemangel sind Trends, denen wir kommunalpolitisch nur bedingt entgegentreten können, die aber die Unternehmen in der Region gerade wegen unserer klassischen Industrie- und Zulieferer-Infrastruktur in besonderer Weise belasten und herausfordern.

Neben WFG und WHF, an denen wir uns angemessen finanziell beteiligen, leistet unsere kommunale Wirtschaftsförderung gute Arbeit.

Mit der Hochschule Heilbronn, der Dualen Hochschule, der TU München und der ETH Zürich, der Ecole 42 und dem IPAI und weiteren hochkarätigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen schaffen wir optimale Voraussetzungen für Start-Ups im Bereich neuer Technologien, für Gründergeist und Neuansiedlungen und für die Transformation klassischer Mittelständler und Industrie.

Es gilt, im Schulterschluss von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen Arbeitsplätze in der Region zu sichern und neue zu schaffen. Politik für die Menschen machen heißt für uns, dass wir uns einsetzen für die Beschäftigten:

- für faire Löhne und einen auskömmlichen Mindestlohn,
- für Regionalität bei der Vergabe von Handwerker- und Dienstleistungsaufträgen,
- für die Einhaltung des Tariftreuegesetzes,
- für gute Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Es tut gut, wenn sich unser Oberbürgermeister an die Seite der Beschäftigten stellt, wenn multinationale Konzerne weit entfernt von Heilbronn über die Zukunft ihrer Standorte hier in der Region entscheiden und Niederlassungen schließen wollen.

Wenn IPAI überplant und bebaut ist, geht der Vorrat an Flächen auf Heilbronner Gemarkung zu Ende. Umso wichtiger wird es, vorhandene Potentiale intelligent zu entwickeln, seien es letzte Brachen oder unterentwickelte Flächen im Alten Industriegebiet, die Nachnutzung der EnBW- oder Campina- Standorte oder das Gelände des ehemaligen VfL Neckargartach. **Bei aller Notwendigkeit, mit wenigen wertvollen Böden ressourcenschonend umzugehen, braucht Entwicklung auch Fläche, die wir kommunal vorhalten müssen.**

Neben effizienter Wirtschaftsförderung, einem möglichst breiten Konsens der Arbeitsmarktpartner und attraktiver Flächen sind es vor allem die **Investitionen in die Köpfe der Menschen**, die den Wirtschaftsstandort Heilbronn sichern und zukunftsfähig machen.

Die High-End Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich habe ich bereits erwähnt – **aber es fängt viel früher an:**

- bei der Bereitstellung von ausreichend U3-Kita-Plätzen,
- bei der kostenfreien, ganztägigen Kindertagesbetreuung,
- bei guten Grundschulen,
- bei vorzüglichen weiterführenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Klasse, dass wir neue Schulen gebaut haben und noch eine weitere bauen. An vielen Stellen sehen wir aber einen **Investitionsstau**, den es beherzt abzubauen gilt – von den Schultoiletten, über Fachräume, Raum für Ganztagesbetreuung und Mensa bis hin zu einer Pausenhofgestaltung, die Wohlbefinden und Lernerfolg positiv beeinflusst.

Die globalen Märkte, Geldmarktentwicklungen oder die Entscheidungen internationaler Konzerne können wir kaum beeinflussen, aber sehr wohl z.B. die **Entwicklung unserer Innenstadt**. Die Debatte darüber ist seit Monaten im Gange und war gerade eben auf der Tagesordnung. Deshalb an dieser Stelle nur in Kürze und Klarheit: wir setzen weiterhin

- auf Gestaltung statt Verbote
- auf Aufenthaltsqualität statt Obergrenzen
- auf Miteinander statt Gegeneinander.

Umwelt und Klima schützen

In 14 Tagen reist eine Heilbronner Delegation zur Preisverleihung des: „European Green Capital“-Awards nach Valencia, so es, denn bis dahin wieder möglich ist in diese spanische Region zu reisen. Valencia und weitere Teile Spaniens reißen sich ein in die traurige, vernichtende, todbringende Reihe furchtbarer Naturkatastrophen der letzten Jahre.

Ja, die Natur ist unberechenbar und schlägt mitunter gnadenlos zu, aber wir tragen mit unserer Lebensweise dazu bei, die Natur und damit unsere Lebensgrundlage immer weiter zu gefährden.

Deshalb müssen wir auf allen politischen Ebenen einen Beitrag leisten, um Natur und Klima besser zu schützen – das hat überhaupt nichts mit Ideologie zu tun, sondern ist schlichte Überlebensstrategie.

Diese Strategie muss aber so ausgerichtet sein, dass die Bürger:innen

- nicht nur das „Warum“ verstehen, sondern
- a) auch den praktischen Nutzen erfahren und
- b) die erforderlichen Maßnahmen auch bezahlen können.

Deshalb lautet unsere Maxime nicht einfach „Grün muss man sich halt leisten können“, sondern den „Klimawandel sozial und gerecht gestalten“, ob

- im Großen, wie dem Bau einer Gas-/Wasserstoffturbine am EnBW-Standort oder dem Ausbau des Fernwärmenetzes in unserer Stadt, damit Energie bezahlbar bleibt, oder
- im Kleinen, wie der ausreichenden Zahl von E-Ladesäulen oder Car-Sharing-Angeboten in allen Stadtteilen.

Zur weiteren Attraktivierung der Solarenergienutzung fordern wir z.B. ein kommunales Förderprogramm für kleine sog. Balkon-Photovoltaik-Anlagen.

Auch verschiedene **Anträge zur Verkehrsinfrastruktur** sehen wir sowohl im Lichte der **Mobilitätsverbesserungen** für unsere Bürger:innen, aber auch zum **Schutz von Klima, Reduzierung von Lärm und Luftverbesserung**. Hier anführen möchte ich:

- 300.000 Finanzbedarf zur Senkung des ÖPNV-Tagestickets auf 4,00 Euro,
- plus 50.000 für Verbesserung weiterer Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs,
- plus 100.000 für weitere Fahrradabstellanlagen, wobei 80.000 dafür als Förderung dagegen vereinnahmt, werden können
- und eine zusätzliche Stelle in der Verkehrsplanung, vorzugsweise natürlich für die Abarbeitung des Staus in der Radwegplanung, damit wir hier deutlich Fahrt aufnehmen können.

Digitalisierung im Zeitalter Künstlicher Intelligenz

Es ist längst nicht mehr die Frage ob, sondern wie schnell und in welcher Qualität die Digitalisierung alle Lebensbereiche durchdringt. Und auch die **Anwendungsbereiche Künstlicher Intelligenz** erleben ein rasantes Wachstum, das ich zumindest bis vor Kurzem nicht für möglich erachtet habe.

Wir freuen uns, dass Heilbronn mit dem IPAI als Flaggschiff und weiterer IT- und KI-Unternehmen im Zentrum der Entwicklung zumindest im **europäischen Wettbewerbsfeld** steht.

Dafür und für vielfältige weitere Engagements sind wir der Dieter-Schwarz-Stiftung sehr dankbar. Die rasante Entwicklung Heilbronn zur Wissens- und Technologiestadt ist untrennbar mit dem Namen von Dieter Schwarz verbunden. Wohl der Stadt, die einen solchen Bürger und Gönner hat.

Wir sonnen uns mitunter auch gerne im Glanz, den die nationale und internationale Wissenschaft aber auch die mediale Berichterstattung auf Heilbronn werfen. Wenn in namenhaften Zeitungen oder TV-Reportagen über die Entwicklung Heilbronn berichtet wird, hebt sich der Kopf und stellt sich der Kragen – bei dem einen mehr bei der anderen etwas weniger.

Wir freuen uns über die zunehmende nationale und internationale Beachtung, die die KI- und Wissensstadt Heilbronn erfährt; wir genießen mit der Verwaltungsbank Spitzenplatzierungen bei Rankings und Wettbewerben aller Art.

Aber wir werfen den Blick nicht nur auf das Große und Ganze, sondern sehen daneben auch im Kleinen, wo die Menschen in unserer Stadt der Schuh drückt und wo in Sachen Digitalisierung Luft nach oben ist:

- Wer ist für den IT-Support in unseren Schulen verantwortlich, warum läuft dort nicht alles rund?
- Wie ist es um das W-Lan im öffentlichen Raum und in Einrichtungen bestellt?
- Warum können trotz Digitalisierung Verwaltungsprozesse nicht beschleunigt und bürgerfreundlicher gestaltet werden: Bauanträge und andere Genehmigungsverfahren, Wohn- oder Bürgergeldanträge oder ganz aktuell die missliche Situation in der Zulassungsstelle?

So gut wir mit IPAI, Ecole 42, vom Zukunftsfonds bzw. D11Z.Ventures geförderten Start-Ups und Unternehmen, den Campus-Founders oder auch mit dem Molit-Institut im Bereich der personalisierten Krebstherapie mit der europäischen und internationalen Elite mitspielen dürfen, so sehr hakt es mitunter im Kleinen an den Stellen, wo Bürger:innen tatsächlich von effizienten Verwaltungsprozessen profitieren könnten.

Politik für die Menschen machen, heißt für uns über diese „Schwächen im System“ nicht hinwegzusehen, sondern mitunter Finger in die Wunde legen und für Verbesserung zu sorgen.

Dabei stimmt die SPD-Fraktion aber nicht ein in den Chor derer, die unsere Stadt – egal ob als Wirtschaftsstandort, als Handelsplatz oder als Kulturstadt schlecht reden.

Und auch unsere Beschäftigten in der Verwaltung – im Rathaus mit allen dezentralen Standorten und in unseren Beteiligungsunternehmen – leisten eine hervorragende Arbeit.

Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und unserer Tochtergesellschaften.

Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass wir in unserer Stadt gut und so sicher leben.

Sorgen bereitet uns weiterhin die dünne Personaldecke und der Fachkräftemangel – auch im öffentlichen Sektor.

Wir müssen unsere **Konkurrenzfähigkeit als Arbeitgeber** weiter steigern:

- Der **Personalrat** bekommt zur Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze erneut ein Budget, dem wir gerne zustimmen.
- „Der Bau der Duschräume im Rathaus ist längst überfällig“ – das war ein **Zitat** aus meiner letztjährigen Haushaltsrede!
- Für alle Beschäftigten gibt es einen **Zuschuss zum Deutschlandticket** – gut so! Wir fordern die Verwaltung auf, dafür zu sorgen, dass nach der Preiserhöhung auf 58 Euro der Eigenanteil der Mitarbeitenden nicht oder nur geringfügig steigt.

Die nächste Änderungsliste ist für die Anpassung des Arbeitgeberanteils der richtige Ort!

Wir regen weiterhin erneut an, dass die **Fachämter in der Stellenbewertungskommission Stimmrecht** bekommen und dass durchaus vorhandene Spielräume bei den Stellenbewertungen besser genutzt werden.

Von den Öffnungszeiten der Quartierszentren – abends zu und die Jugendlichen sitzen davor und stören die Anwohner – über den schleppenden Ausbau unserer Radwege, bis hin zu einem erheblichen Sanierungsstau an unseren Schulen - zu viele freie Stellen und fehlende Kolleg:innen bedingen einen Auftragsstau in vielen Bereichen.

So bleibt weiterhin nicht die Aufstellung, Beratung und Verabschiedung des Haushaltes die größte Herausforderung, sondern der **Vollzug des Haushaltes** – egal in welcher Höhe wir diesen am 18. Dezember beschließen.

Das **Vollzugsdefizit** wird uns jährlich vom Finanzdezernenten in Form der zu übertragenen **Haushalts- oder Ermächtigungsreste** vor Augen geführt.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich die Dimension dieses Problems rechnerisch aufgearbeitet – an der Größenordnung hat sich bis heute kaum was verändert.

Wir übertragen weiterhin von Jahr zu Jahr nicht bewirtschaftete Millionenbeträge, die die Summe **aller Haushaltsanträge der Fraktionen**, die heute eingebracht werden, erheblich übersteigen.

Bevor die Verwaltung uns vorschlägt, Haushaltsreste aus den Vorjahren erneut ersatzlos zu streichen, erlauben wir uns im Kontext der diesjährigen Haushaltsberatung, einige Ermächtigungsreste einem anderen Verwendungszweck zuzuführen:

- 150.000 Euro veranschlagt für Luftreinhaltung wollen wir einsetzen für eine Neuordnung der Geschwindigkeitsregelungen mit Hauptverkehrsachsen auf Tempo 50 und alle anderen Straßen auf Tempo 30.
- 213.000 Euro ursprünglich geplant für Oberbau Lauffener-/ Lutzstrasse wollen wir für die Sanierung des Straßenbelags in der Jäckleinstraße nutzen.

- 100.000 Euro veranschlagt und nicht verbraucht für kommunale Photovoltaikanlagen wollen wir nutzen für ein kommunales Förderprogramm für Kleinphotovoltaikanlagen / Balkonkraftwerke.

Wir bitten um Zustimmung für dieses „gesonderte“ Änderungsantragsverfahren.

Aus besagten Gründen, dass der Investitionshaushalt bereits in der „**Version Verwaltung**“ erneut nicht vollständig abgearbeitet werden kann, sind wir im Hinblick auf zusätzliche Anträge extrem zurückhaltend.

Die **Summe unserer Finanzanträge zu den Investitionen** beläuft sich auf 700.000 Euro in 2025 und 370.000 Euro in 2026.

Neben den bereits erwähnten Maßnahmen in Sachen

- Verbesserung Fußverkehr (50.000 / 50.000) und
- mehr Fahrradabstellanlagen insbesondere an Schulen und städtischen Ämtern (100.000 / 100.000)

sind uns wichtig:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit am Marktplatz und Umgebung insb. durch bessere Beleuchtung (50.000 / 50.000),
- Bedarfsampel Hammerschmiede / Abzweigung Widmannstal (120.000 / 0),
- Absicherung Bolzplatz Sontheim (5.000 / 0),
- Absicherung bzw. Einhausung Treppenabgang Bürgerhaus Böckingen (10.000 / 0),
- Treppenstufenbeleuchtung Felsengartenpark Klingenberg (15.000 / 0),
- Planungsrate für Sportanlagen Horkheimer Insel (0 / 20.000).

Und jetzt noch besonders für sie, werte CDU-Fraktion: da trotz Beschlussfassung und Beauftragung, der **barrierefreie Zugang am Schulberg in Biberach für VHS und Bibliothek** offensichtlich immer noch nicht bewerkstelligt ist, von uns ein **erneuter Antrag** dafür ((200.000 / 0) – damit sie, liebe Kolleg:in Schmidt, dieses Mal auch zustimmen können.

Ein Problem bereitet uns echt Sorgen: das ist der sich immer weiter zuspitzende **Mangel an Haus- und Kinderärzten** – längst kein ländliches Regionen-Phänomen mehr, sondern angekommen in Ballungsräumen und Städten.

Immer weniger kann die Kassenärztliche Vereinigung ihren **Sicherstellungsauftrag** erfolgreich erfüllen. Ich erinnere an die Diskussion um die Schließung der Notfallpraxen u.a. in Brackenheim.

Wir wollen mit einem **Haus- und Kinderärzteprogramm i.H.v. 2 x 150.000 Euro** einen bescheidenen kommunalen Anteil leisten, um bei bevorstehender oder bereits erfolgter Praxis-schließung eine Nachfolge zu sichern.

Dafür beantragen wir als Deckungsmittel, auf die ebenfalls im Investitionshaushalt veranschlagten Mittel in gleicher Höhe für das **Programm zum Erwerb von Wohneigentum** zu verzichten; diese wurden in den zurückliegenden Jahren sowieso nicht abgerufen.

Insgesamt übersteigen unsere Deckungsanträge bei den Investitionen unsere Finanzanträge deutlich:

- 2025 um 1,02 Mio Euro
- 2026 um 1,31 Mio Euro.

Dazu tragen u.a. bei,

- die aus unserer Sicht nicht in 2025 und 2026 erforderlichen Mittel für Sanierungsgebiet Wollhausplatz (1.100.000 / 2.800.000) – es entfallen dann auch Zuschüsse (0 / 1.680.000),
- Feuerwehrbedarfsplanung (200.000 / 0), weil dafür Ermächtigungsreste aus 2023 i.H.v. 230.000 Euro noch nicht bewirtschaftet sind,
- und so auch für Kürzungen (70.000 / 0) für Planungen im Bereich Gebäudemanagement – auch hier noch hohe Ermächtigungsreste.

Aus dem Topf der **Allgemeinen Finanzwirtschaft** müssen wir immer größere Summen in die Hand nehmen, um bei der Aufgabenerfüllung unserer privatwirtschaftlich organisierten Tochtergesellschaften handlungsfähig zu bleiben.

- **Eigenkapitalzuführung an die SWHN: 2 x 10 Mio!**
- **Investitionszuschuss an SLK noch einmal 2,5 Mio.**

Hier sind wir froh und dankbar, dass wir mit der **Einweihung des zweiten Bauabschnitts** in der letzten Woche und dem hoffentlich in Bälde dann vollzogenem Umzug der Kliniken und sonstigen Einrichtungen unseren Klinikverbund zukunftsfähig und krisenfest aufgestellt haben. Ich mache mir aber hier nichts vor: „Nach der Einweihung ist vor dem nächsten Spatenstich oder einer bevorstehenden Umbaumaßnahme“.

Es ist ärgerlich, dass wir mit kommunalen Mitteln große Finanzlöcher stopfen, die das Land als zuständiger Kostenträger für den Krankenhausbau hinterlässt. **Aber wir halten für eine gute stationäre Gesundheitsversorgung in öffentlicher Trägerschaft für unverzichtbar.**

Um die weiterhin bestehenden großen **Herausforderung im Wohnungsbau** zu bewältigen, brauchen wir neben besser ausgestatteten Förderprogrammen des Landes eine gut aufgestellte und agile **Stadtsiedlung**. Das ist sie!

Vor einem Jahr hat die SPD-Fraktion beantragt, zu prüfen, inwiefern mit einer **Aufstockung des Eigenkapitals** die Stadtsiedlung bei der Erreichung ihrer Planziele unterstützt werden kann.

Vielen Dank an die Verwaltung, dass sie diesem Auftrag nachgekommen ist. **Wir stimmen der Eigenkapitalzuführung an die Stadtsiedlung in 2025 in Höhe von 13 Mio Euro gerne zu.**

Und wenn es sich abzeichnet, dass im Jahr 2026 weiterer Eigenkapitalbedarf insbesondere zum Bau geförderter Wohnungen zielgerichtet ist, sind wir gerne bereit, über einen Nachtragshaushalt hier nachzujustieren. Wir bleiben dazu mit der Geschäftsführung der Stadtsiedlung im Gespräch.

Die **Ausführungen zum Ergebnishaushalt** komprimiere ich:

Auch hier sind unsere Deckungsmittel in Summe beider Haushalte um ca. 750.000 Euro höher als unsere Finanzanträge.

Einsparungsmöglichkeiten sehen wir insbesondere im Bereich verschiedener wissenschaftlicher Untersuchungen und Begleitungen, Gutachten, Befragungen und Konzeptionen.

Die **Planansätze für die Öffentlichkeitsarbeit** sind zwar gut versteckt in vielen Teilhaushalten – 31 Treffer bei Suchfunktion „Öffentlichkeitsarbeit“ und drei kleingedruckte Seiten bei der von uns angeforderten Kostenstellenübersicht, aber wir nehmen mit Erstaunen bis Befremden wir zur Kenntnis, dass hier **außerordentlich hohe Steigerungen** im Ansatz der Verwaltung eingepreist sind:

- Ergebnis 2023: 819.000 Euro
- Plan 2024: 1,5 Mio Euro
- Plan 2025 und 2026: jeweils fast 1,7 Mio Euro.

Wir haben auch nachgedacht über einen Antrag „globale Minderausgabe“ für diesen Bereich. Aber dies würde dann auch den 200 oder 300 Euro Jahresetat für jede einzelne Schule treffen. Wir haben uns stattdessen entschlossen, gezielt bei wenigen Bereichen Einsparungen zu fordern: ÖA Klimaschutzmasterplan (150.000 / 150.000) und ÖA Hafen (35.000 / 15.000).

Wir erwarten, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt insgesamt weiterentwickelt wird und in der Vergangenheit bereits beauftragte Maßnahmen – wie z.B. eine verbesserte Verteilung der gedruckten Stadtzeitung oder eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die politische Ratsarbeit (Live-Stream u.a.) – auch umgesetzt werden.

Große Zurückhaltung haben wir bei den **Finanzanträgen zum Ergebnishaushalt** geübt.

Ich erinnere an die Notwendigkeit, für die Menschen, die kein Deutschlandticket haben und brauchen, den Umstieg vom Auto auf Stadtbahn und Bus zu erleichtern. Für eine **Senkung der Kosten für das Tagesticket Zone A auf 4 Euro** setzen wir in 2025 und 26 jeweils 300.000 Euro ein.

Die **Förderung verschiedenster kultureller Einrichtungen** vom WKO als Leuchtturm mit Weltruhm bis zu kommunalen Kleinstinitiativen nach unseren Kulturförderrichtlinien ist eine Erfolgsstory.

Ich erinnere an dieser Stelle gerne an die **lange Kulturnacht** und danke allen, die zu einem tollen Erfolg beigetragen haben.

Auch die **Neuausrichtung der Spielstätte Theaterschiff** entwickelt sich großartig. Dank an die Verwaltung, dass hier zusätzliche Mittel eingesetzt sind.

Von unserer Seite beantragen wir geringfügige Erhöhungen der beiden Strukturfördertöpfe für Musikpflege und andere kulturelle Disziplinen.

Die **Finanzanträge der sozialen Organisationen und Verbände** haben wir uns genau angeschaut.

Wir ärgern uns, dass die Verwaltung trotz vielfacher Aufforderungen es wieder nicht geschafft hat, die **tarifbedingten Lohnkostensteigerungen** auch bei sog. „festbetragsfinanzierten Leistungen“ auszuweisen und gleich in den Haushaltsentwurf der Verwaltung aufzunehmen.

Zitat Hinderer vom 06.11.2023: „Wir fordern die Verwaltung auf, diese Liste für die nächsten Haushaltsberatungen zu überarbeiten und gemäß unserer Beschlusslage die personalkostenbedingten Steigerungen gleich im Haushalt abzubilden“.

Ich weiß nicht, warum diese Auseinandersetzung hier immer wieder aufs neue geführt werden muss; wir jedenfalls haben dies erneut beantragt und erwarten, dass die erforderlichen Anpassungen in die nächste Änderungsliste aufgenommen werden.

Das gleiche gilt für die Umsetzung des im Rahmen der letzten Haushaltsberatung erfolgten Auftrags an die Verwaltung, die **Förderung für Maßnahmen gegen häusliche Gewalt** auf ein auskömmliches finanzielles Fundament zu stellen.

Nach Auskunft unserer zuständigen Bürgermeisterin und der beteiligten Träger – Diakonie und Autonomes Frauenhaus - sind die konzeptionellen und finanziellen Belange geklärt und hätten in die zuständigen Ausschüsse eingebracht werden können. Da aus welchen Gründen auch immer die Verwaltung kein Geld dafür eingestellt hat, beantragen wir die dringend erforderlichen Mittel, um der zunehmenden Gewalt im familiären Nahraum ein gutes Hilfeangebot entgegenzusetzen zu können.

Es liegt in der Natur von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, unseren und ihren Blick immer wieder auch an die Ränder unserer Stadtgesellschaft zu lenken.

Kirchen, Wohlfahrtsverbände und viele weitere große und kleine Organisationen machen uns sensibel für die Not vieler Menschen in unserer Stadt und leisten unverzichtbare Hilfen.

Dafür sind wir als SPD-Fraktion sehr dankbar und wir hoffen, dass dieses Bewusstsein auch bei divergierenden Interessenslagen in sozialen und finanziellen Einzelfragen auch in der Verwaltung nicht verloren geht.

Für Schuldnerberatungsstellen und Wohnungslosenhilfe, für den Kinderschutzbund und die Einrichtungen, die blinde und sehbehinderte, psychisch kranke und migrantische Menschen beraten und betreuen, beantragen wir eine Aufstockung der Haushaltsmittel in einem Umfang, den wir gut verantworten können und der unseren Haushalt nicht in Schieflage bringt.

Denn Heilbronn hat es gut und uns geht es gut!

Zum Schluss meiner Ausführungen erinnere ich an die Einbringungsrede unseres Finanzbürgermeisters: Unsere vorhandene finanzielle Basis ist ein „wunderbares Sprungbrett“ für bevorstehende Herausforderungen.

Wir sagen ja – auch für die Herausforderungen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen auf der „Verliererseite“ bewirken und wo wir im sozialen Bereich immer wieder aufs Neue mit passenden Hilfsangeboten Abhilfe schaffen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn sie allen Deckungs- und Finanzanträgen der SPD-Fraktion zustimmen und ihre eigenen Anträge zurückziehen, wird Bürgermeister Diepgens „wunderbares Sprungbrett“ noch ein wenig wunderbarer.

Sowohl im Ergebnis- als auch im Investitionshaushalt bewirkt unser Antragspaket eine Ergebnisverbesserung in den nächsten beiden Jahren.

In der Summe verbessern unsere Anträge den Gesamtdoppelhaushalt um über drei Mio Euro.

Wir blicken bei allen Verwerfungen und Unwägbarkeiten der politischen Gesamtlage **optimistisch in die Zukunft** und sind dankbar:

Dankbar für innovative Betriebe und Unternehmen, die sich der Transformation der Wirtschaft stellen und diese gestalten und dadurch hoffentlich auch in Zukunft gute Ergebnisse erzielen und hohe Steuerkraft haben,

Dankbar für viele anständige und fleißige Menschen in unserer Stadt – Leistungsträger, die ordentlich Steuern und Sozialabgaben zahlen und damit sicherstellen, dass wir die Mittel im Haushalt haben, die wir brauchen, um Stadt und Gesellschaft in eine gute Zukunft zu führen,

Dankbar für die Bürger und Bürgerinnen in Heilbronn, die sich in Körperschaften, Verbänden, Organisationen und vielen Vereinen für die Stadtgesellschaft und ein gelingendes Zusammenleben einsetzen.

Wir freuen uns auf die anstehenden Beratungen der Anträge und auf eine kollegiale Zusammenarbeit mit den demokratischen Fraktionen und mit der Verwaltung.

Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion bei den Mitarbeiter:innen in der Kämmerei, dem Team um Frau Wechs, aber zugleich bei allen Kolleginnen und Kollegen in der gesamten Verwaltung, die bei der Erstellung und Beratung unseres Haushaltes, aber dann auch im Vollzug engagiert arbeiten.

Herzlichen Dank dafür und bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank fürs Zuhören.